

# **Haltung der deutschen Parteien zur EU und zum Euro**

## **Kurzstudie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung**

**erstellt von Susanne Steinborn**  
**29.01.2013**

Dargestellt werden die Haltung von CDU, CSU, FDP, SPD und GRÜNEN anhand exemplarischer Dokumente. Alle wiedergegebenen Aussagen sind wörtliche Zitate aus den angegebenen Quellen. Hiervon ausgenommen sind die kursiv gesetzten Zusammenfassungen am Beginn jedes Abschnitts.

## 1. CDU

*Zusammenfassung:*

- *Einfluss Deutschlands in der Welt und Behauptung in der internationalen Konkurrenz nur über EU und starken Euro möglich*
- *Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit aller Euro-Länder zur Überwindung der Krise und Behauptung in der internationalen Konkurrenz*
- *Ausrichtung nationalen Handelns auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit soll einforder- und durchsetzbar werden; Durchgriffsrechte bei den Ländern, die die Stabilitätsauflagen nicht erfüllen*
- *Bessere Bankenaufsicht und Regulierung auch in anderen Teilen der Welt, Finanztransaktionssteuer auch erst mal nur mit einer Gruppe von EU-Ländern*

30. November 2012

**Wolfgang Schäuble**

**Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen:**

**Fortschritte beim Anpassungsprogramm für Griechenland**

Bundestags-Plenarprotokoll 17/212

Nur in einem geeinten Europa [...] das immer noch der weltgrößte Wirtschaftsraum ist, haben wir – auch wir Deutschen – eine Chance, uns im globalen Wettbewerb zu behaupten. Im Wettbewerb der Systeme und der Volkswirtschaften können wir nur als Wirtschaftsgemeinschaft und nur mit einer stabilen gemeinsamen Währung konkurrieren. Man überlege sich: Wenn wir heute den Euro nicht hätten, der immerhin 25 Prozent der Weltwährungsreserven ausmacht, dann hätten wir ganz andere Probleme, übrigens nicht zuletzt in Deutschland. Wir würden wahrscheinlich unter massiven Auf- und Abwertungen in Europa leiden, und unsere wirtschaftliche Lage und unser Arbeitsmarkt wären dramatisch schlechter.

Deshalb muss man unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die bei all dem natürlich fragen: „Wisst ihr, was ihr tut und was ihr verantwortet?“, gelegentlich auch sagen – das muss man wieder und wieder sorgfältig begründen –: Niemand profitiert von Europa mehr als wir Deutschen, wirtschaftlich und politisch ohnedies.

S. 25971 f

30. November 2012

**Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender**

**Aussprache zur Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen:**

**Fortschritte beim Anpassungsprogramm für Griechenland, und zum Antrag des**

**Bundesministeriums der Finanzen: Änderungen im bestehenden Anpassungsprogramm**

**für Griechenland – Änderung der Garantieschlüssel; Einholung eines zustimmenden**

**Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 3 Absatz 1 i. V. m. § 3 Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes (StabMechG)**

Bundestags-Plenarprotokoll 17/212

Wir müssen in Europa die Wettbewerbsfähigkeit aller europäischen Länder voranbringen. Wir sehen doch, wie der Wettbewerb weltweit läuft. Allein in Shanghai werden jedes Jahr mehr

Akademiker mit ihrem Studium fertig als in ganz Europa. Wir sehen doch, was dieser Wettbewerb bedeutet. Wir werden diesen Wettbewerb nur bestehen, wenn wir alle in Europa vorankommen. Dieser Weg wird jetzt gegangen, und zwar nicht nur in Griechenland. Alle müssen diesen Weg mitgehen, und jeder muss schauen, dass er bei der Wettbewerbsfähigkeit vorankommt.

S.25980

3.– 5. Dezember 2012

**Angela Merkel**

**Rede zum 25. Parteitag der CDU in Hannover**

<http://www.hannover2012.cdu.de/sites/default/files/media/BerichtPV.pdf>

Als Konrad Adenauer Bundeskanzler war, da gab es auf der Welt 2,5 Milliarden Menschen; wir Europäer waren auch schon fast 500 Millionen. Heute gibt es 7 Milliarden Menschen auf der Welt, und wir Europäer sind nicht viel mehr geworden; wir stellen noch knapp 7 Prozent der Einwohnerschaft der Welt. Das heißt, wenn wir weltweit eine Rolle spielen wollen, dann werden wir 80 Millionen Deutsche alleine nicht weit kommen. Wenn wir weltweit eine Rolle spielen wollen, dann geht das nur im europäischen Verbund. Deshalb ist der Kampf um den Euro viel mehr als eine finanz- oder wirtschaftspolitische Anstrengung; der Euro ist eben weit mehr als eine Währung. Um den Euro zu stärken und dabei Europa im weltweiten Wettbewerb zu stärken, müssen wir überall in Europa wieder zu soliden Finanzen kommen.

S.20

Deshalb verwenden wir heute all unsere Kraft darauf, eine Stabilitätsunion zu schaffen. Wir verwenden alle Kraft darauf, Wachstum zu generieren. Nicht zuletzt verwenden wir alle Kraft darauf, das Übel, die Probleme bei der Wurzel zu packen: Wir beheben die Gründungsfehler der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Dazu brauchen wir mehr gemeinsame Fiskalpolitik, also konkrete Durchgriffsrechte bei den Ländern, die ihre Vorgaben und Verpflichtungen nicht erfüllen. Dafür brauchen wir mehr gemeinsame Wirtschaftspolitik. Wir brauchen dafür auch mehr demokratische Legitimation. Wahrlich nicht zuletzt brauchen wir mehr gemeinsame Finanzmarktpolitik.

S.21

Wir wollen eine Finanztransaktionsteuer, auch wenn sich hier nur elf Länder gefunden haben, damit die Banken ihren Beitrag dazu leisten, dass sich krisenhafte Entwicklungen nicht wiederholen, für die der einfache Steuerzahler einstehen muss.

Wir brauchen eine bessere Bankenaufsicht und zwar eine Bankenaufsicht, die den Namen auch verdient. Wir setzen alles daran, dass Hedgefonds und Schattenbanken insgesamt – das wird dieses Jahr bei G 20 eine Rolle spielen – besser reguliert werden. Es nützt natürlich auch nichts, wenn hier nur Europa handelt. [...] Jedes Finanzmarktprodukt, jeder Finanzplatz und jeder Teilnehmer müssen einer Regulierung unterworfen werden. Wir haben noch viel zu viele Bereiche der Welt, in denen das nicht der Fall ist. Daran müssen wir weiter arbeiten [...], das ist ganz wichtig.

S. 21f

3.– 5. Dezember 2012

**Hermann Gröhe, CDU-Generalsekretär**

**Rede zum 25. Parteitag der CDU in Hannover**

[http://www.hannover2012.cdu.de/sites/default/files/media/121204-rede-generalsekretaer\\_0.pdf](http://www.hannover2012.cdu.de/sites/default/files/media/121204-rede-generalsekretaer_0.pdf)

Deutschland ist ein schönes, ein starkes Land, ein Land, das den Menschen gute Chancen bietet. Mancher kommt aber auch nachdenklich zurück, weil er erlebt, wie in anderen Teilen der Welt Menschen sich anstrengen, um nach vorne zu kommen, um ihr Leben zu verbessern. Es liegt an uns, ob diese Entwicklung Deutschland bedroht, uns auf die Abstiegsplätze verweist, oder ob diese Entwicklung auch für uns neue Chancen eröffnet. Ich bin sicher, wenn wir diese Herausforderung annehmen, wenn wir hart dafür arbeiten, mit besten Produkten und Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Preisen auf den Märkten der Welt zu überzeugen, dann haben wir als Deutschland alle Chancen, auch in Zukunft ein starkes Land zu sein. Wir wollen, dass Deutschland spitze bleibt.

S. 2

Der weltweite Wettbewerb fordert uns immer härter heraus. Autoritäre Staaten wie China mit riesigen Währungsreserven bewerten als Investoren die Reformanstrengungen marktwirtschaftlicher Demokratien. Ich bin davon überzeugt: Wenn wir diese Herausforderungen annehmen, werden sich die freiheitlichen Demokratien mit Sozialer Marktwirtschaft durchsetzen, weil sie auf die Freiheit, die Menschenwürde und den Rechtsstaat setzen.

S. 3

Schritt für Schritt kommen wir auch in Europa mit einer Politik voran, die auf solides Wirtschaften, nachhaltiges Wachstum und eine Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit setzt. [...] Der Weg ist nicht leicht. Doch eines ist klar: Gerade unser Land profitiert von der gemeinsamen Währung. Jede unkontrollierbare Entwicklung im Euro-Land würde daher gerade uns treffen. Zugleich gilt für uns: Solidarität und Solidität gehören stets zusammen. Deshalb müssen Finanzgarantien fest mit eigenen Reform- und Sparanstrengungen der entsprechenden Länder verbunden bleiben; denn nur so wirkt unsere Hilfe nachhaltig. Wenn Herr Steinbrück diesen Zusammenhang angreift, spielt er jenen in Europa in die Hände, die bedingungslose Hilfe ohne eigene Anstrengung wollen. Am Ende stünde: mehr Schulden in Europa, mehr Haftung für Deutschland; das wird es mit uns nicht geben.

S. 4

13.12.2012

**Angela Merkel**

**Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 13. und 14. Dezember 2012 in Brüssel**

Bundestags-Plenarprotokoll 17/214

90 Prozent des weltweiten Wachstums finden außerhalb Europas statt. Wir müssen exportfähig sein. Wir müssen unsere Produkte verkaufen können. Das geht nur, wenn wir wettbewerbsfähig sind. Dort, wo wir in der Vergangenheit Wettbewerbsvorteile vertan haben, müssen wir sie jetzt früher und entschlossener erkennen und nutzen. [...] Denn es war die Abnahme der Wettbewerbsfähigkeit in einigen Mitgliedstaaten, die wesentlich dazu geführt hat, dass diese Länder in Not und schließlich die Euro-Zone als Ganzes in Gefahr geraten ist. Deshalb ist eine

Politik, die auf allen Ebenen vor allem durch Strukturreformen zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führt, die richtige Antwort auf die tiefe Krise, in die Europa geraten ist.  
S. 26197

Wir müssen auch die Industriepolitik und die industrielle Produktion in Europa wieder kräftigen. Wir können nicht allein vom Dienstleistungssektor leben. Wir brauchen industrielle Fertigung.  
S. 26197

Bisher gibt es in der Währungsunion keine Möglichkeiten, die notwendige Ausrichtung nationalen Handelns auf die Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit als Grundlage für dauerhaftes Wachstum und Beschäftigung immer wieder einzufordern und notfalls auch durchzusetzen. Deshalb stehen wir bei der zwingend notwendigen Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung ganz am Anfang. Denn der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit eines einzelnen Mitgliedstaates wird wieder sehr schnell zum Problem für alle.  
S. 26197

Deshalb setzen wir uns und ich mich dafür ein, ein neues, gestuftes und differenziertes Verfahren zu bekommen, in dessen Rahmen die Mitgliedstaaten mit Zustimmung ihrer Parlamente – natürlich brauchen wir die demokratische Legitimation – rechtsverbindliche und durchsetzbare Reformvereinbarungen mit der europäischen Ebene schließen. Wenn solche Reformvereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten und der europäischen Ebene funktionieren sollen, müssen wir natürlich Wege und Verfahren finden, um Fehlentwicklungen früher aufzudecken; denn die existierenden Verfahren setzen zu spät an. Auch die Ungleichgewichtsverfahren, die wir jetzt im sogenannten Six-Pack haben, setzen viel zu spät an. [...] Wir werden entscheiden müssen, wie wir denn das Entstehen von solchen Fehlentwicklungen überhaupt messen wollen.  
S. 26197

Ich kann mir vorstellen, konkrete Reformmaßnahmen, die zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führen, durch gezielte, befristete und begrenzte finanzielle Anreize auch solidarisch zu unterstützen. Aber, weil ich manche Reflexe schon ahne, ergänze ich: Dies sollte nicht missverstanden werden. Nur ein paar Verbesserungen an bestehenden Verfahren, gleichsam als Vorwand für das Erschließen umfassender neuer Geldquellen, sind mit Deutschland nicht zu machen. Automatisierten Stabilisierungsmechanismen zum Ausgleich von Ungleichgewichten oder zur Abfederung externer Schocks, die im Übrigen nur schlecht verkleidete Dauertransfers wären, stimmt die christlich-liberale Bundesregierung nicht zu. Es bleibt dabei: Deutschland lehnt die dauerhafte Vergemeinschaftung von Schulden – in welcher Form auch immer – ab.  
S. 26198f

Besinnen wir uns stattdessen lieber auf die Stärken unseres europäischen Modells der sozialen Marktwirtschaft! Sorgen wir dafür, dass es Freiraum für Unternehmertum in Europa gibt! [...] Ich möchte deshalb erreichen, dass wir heute und morgen konkrete weitere Schritte verabreden, wie wir genau zu diesem Mehr an Wettbewerbsfähigkeit kommen. Als unmittelbar nächsten Schritt sollten wir dazu den Sachverstand der Europäischen Kommission genauso wie den Sachverstand anderer Organisationen – zum Beispiel der OECD oder des IWF – mit einschlägiger Expertise einbeziehen, um die Indikatoren, die Politikbereiche zu identifizieren, die für das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion entscheidend sind. Gleichzeitig sollten wir Wege prüfen, wie die Koordinierung verbessert und verbindlicher gestaltet werden kann. Wir sollten alle Treffen des Europäischen Rates im ersten Halbjahr 2013 nutzen, um genau

diese wirtschaftspolitische Koordinierung konkret und dauerhaft auszugestalten.  
S. 26198

## 2. CSU

*Zusammenfassung:*

- *Betonung der nationalen Eigenverantwortlichkeit: Privatisierungen, Verkauf von Devisenreserven und Strukturreformen für überschuldete Staaten als Voraussetzung der Inanspruchnahme von Hilfen aus dem Rettungsschirm*
- *Schaffung eines Insolvenzverfahren für Staaten und eines geregelten Ausscheidens aus der Eurozone*
- *Stärkeres Gewicht der Bundesbank/Deutschlands in der EZB um Finanzierung von Staatsschulden bzw. Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken über die EZB zu verhindern*
- *Rückübertragung von Kompetenzen der EU auf die Nationalstaaten und Reduzierung der EU-Regelungsdichte*
- *Verkleinerung der EU-Kommission und Senkung der EU-Verwaltungsausgaben*
- *Volksabstimmungen über wichtige Fragen der europäischen Integration*
- *Stärkung des Europäischen Parlaments*
- *EU als Vorreiter bei Finanzmarktsteuer und Regulierung von Hochfrequenzhandel; Verhinderung der Systemrelevanz von Banken; Schadensersatzpflicht für Rating-Agenturen*
- *Ablehnung einer EU-eigenen Steuer sowie der Beteiligung der EU am nationalen Steueraufkommen*

19./20. Oktober 2012

**77. Parteitag der Christlich-Sozialen Union, Leitantrag des Parteivorstandes:**

**„Zukunft Europa: handlungsfähig in der Krise, schlank im Innern, stark nach außen“**

[http://www.csu.de/dateien/partei/dokumente/121012\\_parteitag/pt12\\_leitantrag\\_europa.pdf](http://www.csu.de/dateien/partei/dokumente/121012_parteitag/pt12_leitantrag_europa.pdf)

Die Refinanzierungsprobleme einiger Eurostaaten auf den Kapitalmärkten sind Ausdruck einer tiefgreifenden Krise der Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltsdisziplin einzelner Staaten in der Eurozone. Die weitgehende Angleichung der Zinsniveaus der Eurostaaten nach Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion hat dazu geführt, dass notwendige Strukturreformen verschleppt wurden und sich Leistungsunterschiede verfestigten.

S.1

Nationale Eigenverantwortung bedeutet, dass verschuldete Euro-Staaten vor einer Inanspruchnahme der Rettungsschirme verfügbare nationale Ressourcen und Finanzierungsmöglichkeiten - etwa durch das konsequente Eintreiben von Steuern, durch Privatisierungen, Unterlegung von Anleihen mit Staatseigentum oder den Verkauf von Gold- und Devisenreserven - nutzen müssen, um Liquiditätsengpässe zu überbrücken. Sie schließt auch die Umsetzung von Strukturreformen ein.

Das Gerüst der Wirtschafts- und Währungsunion muss um Verfahren zur Restrukturierung von Staatsschulden (Staateninsolvenz) sowie zu einem möglichen Ausscheiden aus der Eurozone ergänzt werden. Dabei sind vertragliche Vorkehrungen zu treffen, dass ein Ausscheiden aus der Eurozone nicht gleichzeitig die Beendigung der EU-Mitgliedschaft bedeutet.

S. 1f

Eine Staatsfinanzierung durch die Notenpresse lehnen wir strikt ab. Sie widerspräche allen

Grundsätzen der Stabilitätsunion. Wesensmerkmal einer Stabilitätsunion ist es, dass das gesamte Handeln der EZB von ihrem vertraglich verankerten Mandat gedeckt ist. Mit der Ankündigung unbegrenzter Anleihekäufe sehen wir die Gefahr verbunden, dass dieses Mandat verletzt wird. [...] Wir wollen, dass die Deutsche Bundesbank bei der Euro-Rettung eine stärkere Stellung bekommt, damit die Geldwertstabilität nachdrücklicher gesichert werden kann. [...] Das Gewicht der Mitgliedstaaten mit den größten Kapitalanteilen innerhalb der EZB muss gestärkt werden. Es bietet sich an, nach dem Vorbild des ESM die Stimmgewichtung im EZB-Rat an den Kapitalanteilen auszurichten und eine Sperrminorität einzuführen.

S. 3

Wir sprechen uns für eine Entflechtung und Rückübertragung von Kompetenzen in allen Ressorts aus. Dazu sollen Kompetenzen der EU auf Bund und Länder sowie auch vom Bund auf die Länder übertragen werden. Bund und Länder müssen sich bei der Implementierung von EU-Vorgaben in nationales Recht auf das nach europäischem Recht Notwendige beschränken.

S. 4

Wir lehnen einen europäischen Zentralstaat entschieden ab. Wir befürworten ein Europa der Nationen und Regionen und wollen, dass die Regionen eigenen Handlungsspielraum von der EU zurückerhalten. [...] In der kommunalen Daseinsvorsorge müssen die Regionen und Kommunen ebenso handlungsfähig bleiben wie in Fragen des Steuerrechts. Der Ausschuss der Regionen soll das Recht erhalten, gegenüber der Europäischen Kommission Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip zu rügen. Die Sitzverteilung im Ausschuss der Regionen muss künftig die Größe der Mitgliedstaaten und die Bedeutung der Kommunen besser widerspiegeln.

S.4

Europapolitische Entscheidungen von besonderer Tragweite - die Übertragung von wesentlichen Kompetenzen auf die EU, der Beitritt weiterer Länder und die Übernahme erheblicher Finanzleistungen bei der Bewältigung der Krise in der Eurozone - sollten den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland im Rahmen eines Volksentscheids zur Abstimmung vorgelegt werden können. Hierzu wird die CSU konkrete Initiativen ergreifen.

S. 5

Die EU sollte ihre Stärke als Handelsmacht konsequent für die Regulierung der internationalen Finanzmärkte einsetzen. Die EU sollte beispielgebend bei der Einführung einer Finanzmarktsteuer vorgehen. Ferner müssen eine wirksame Aufsicht über den Hochfrequenzhandel geschaffen sowie weitere wirksame Maßnahmen zur Regulierung und Entschleunigung des Hochfrequenzhandels getroffen werden. Im Interesse der Finanzstabilität ist es notwendig, Banken nicht so groß werden zu lassen, dass sie bei Solvenzproblemen einzelne Staaten oder ganze Wirtschaftsräume mit in den Abgrund reißen können.

S. 5f

Der gegenwärtige Zustand muss beendet werden, dass Ratings reale Auswirkungen haben, die Ratingagenturen aber für ihre Ratings nicht haften. Dazu soll der Gesetzgeber Ratings von privaten Ratingagenturen nicht privilegieren, transparente Standards stärker gewichten und eine Schadenersatzpflicht einführen.

S. 6

Die bestehende transatlantische Wirtschaftspartnerschaft sollte zu einer Freihandelszone

zwischen der EU und den USA als weltweit größte Handelsblöcke ausgebaut werden.

S. 6

Die Aufnahmefähigkeit der EU muss ein zentrales Kriterium bei der Entscheidung über die Aufnahme neuer EU-Mitglieder werden. Es müssen neue Formen und Instrumente der Anbindung an die EU entwickelt werden, die beitrittswilligen Staaten eine Alternative zwischen der Vollmitgliedschaft und der Nachbarschaftspolitik bieten. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU lehnen wir ab.

S. 7

08.01.2013

**Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7. bis 9. Januar 2013**  
**EUROPA WETTBEWERBSFÄHIG, EFFIZIENT UND BÜRGERNAH GESTALTEN**  
[http://www.eduard-oswald.de/PDF-Dateien/wettbewerbsfaehig\\_europa.pdf](http://www.eduard-oswald.de/PDF-Dateien/wettbewerbsfaehig_europa.pdf)

Die EU-Kommission als Hüterin der Verträge ist aufgefordert, bei der Wahrnehmung ihrer Kompetenzen Zurückhaltung walten zu lassen und insbesondere die Binnenmarktklausel nicht als Blankoermächtigung für Kompetenzerweiterungen durch die Hintertür zu missbrauchen. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist der Auffassung, dass Vorhaben der EU-Kommission wie eine Frauenquote in Aufsichtsräten, der Bodenschutz, die Konzessionsvergabe für die Wasserversorgung, ein einheitliches europäisches Vertragsrecht oder eine Nahrungsmittelhilfe unzulässig in nationale Kompetenzen eingreifen und mit dem Subsidiaritätsprinzip unvereinbar sind. Alle diese Fragen können mindestens ebenso gut national geregelt werden.

S. 1

Wenn ein Tätigwerden der Unionsorgane in einer Sache nicht länger notwendig ist, dann sollten die entsprechenden Kompetenzen auf die Mitgliedstaaten rückübertragen werden. Dies ist zum Beispiel bei der konkreten Ausgestaltung in Teilen der Regionalpolitik der Fall. Gleiches gilt für die Entflechtung und Reduzierung der Regelungsdichte im Binnenmarkt.

S.1

Der Grundsatz nationaler Eigenverantwortung muss auch in der Wirtschafts- und Währungsunion weiterhin gelten. Hierzu erachten wir es für notwendig, Verfahren zur geordneten Staateninsolvenz sowie zum Ausscheiden aus der Eurozone zu schaffen. Eurostaaten dürfen nicht gleichsam automatisch in Mithaftung für das politische Handeln anderer Mitgliedstaaten der Eurozone genommen werden.

S. 2

Hinsichtlich eines Insolvenzverfahrens für Banken [...] kommt es darauf an, zunächst europaweit auf nationaler Ebene Restrukturierungseinrichtungen wie in Deutschland zu schaffen, anstatt zu Lasten der deutschen Steuerzahler oder bestehender nationaler Sicherungseinrichtungen europäische Einstandspflichten zu verankern.

S. 2

Haftungsrisiken dürfen auch nicht über die Notenbanken des Eurosystems vergemeinschaftet werden. Sowohl bei geldpolitischen als auch die Bankenaufsicht betreffenden Entscheidungen

der EZB sollte die Stimmverteilung am jeweiligen Kapitalanteil ausgerichtet sein. Wirtschaftlich starke Länder müssen dauerhaft in den EZB-Gremien stimmberechtigt sein.

S.2

Die EU-Kommission sollte, wie im Vertrag von Lissabon vorgesehen, zahlenmäßig verringert werden [...]. Diese Verschlankung würde nicht nur interne Verfahren effizienter machen, sondern sicherstellen, dass sich die Kommission künftig auf politisch bedeutsame Vorhaben konzentrieren kann.

Die Besetzung der Kommissare könnte nach einem Rotationsverfahren erfolgen, wobei ein Teil der Sitze nach der Bevölkerungsgröße vergeben wird und über den anderen das geographische Spektrum der EU zum Ausdruck kommt. [...] Bestehende Ressorts werden entweder zusammengelegt oder aufgelöst.

S. 2

Eine eigene EU-Steuer lehnen wir ebenso ab wie eine Beteiligung der EU an nationalen Steuern.

S.2

Die Verwaltungskosten der EU-Organe müssen im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen deutlich gesenkt werden. Es ist nicht einzusehen, weshalb die EU von den harten Einsparungen, die die überwiegende Mehrzahl der öffentlichen Verwaltungen in den Mitgliedstaaten vornehmen muss, ausgenommen bleiben soll.

S.2f

Über grundlegende Fragen der europäischen Integration sollte auch in Deutschland das Volk unmittelbar entscheiden. Dazu gehören etwa die Übertragung wesentlicher Kompetenzen auf die EU, der Beitritt neuer Staaten zur EU oder weitere grundlegende Änderungen der EU-Verträge. [...] Das Grundgesetz muss hierzu um entsprechende Bestimmungen ergänzt werden.

S. 3

Das Europäische Parlament muss über eine repräsentative demokratische Zusammensetzung verfügen, wobei jedem Mitgliedstaat eine bestimmte Mindestzahl von Sitzen zustehen sollte. Wir streben bereits zur Europawahl 2014 die Einrichtung von Wahlkreisen an, damit die Bürger ihre Abgeordneten auswählen können. Das Vorschlagsmonopol der Kommission ist nicht mehr zeitgemäß und muss durch ein Ko-Initiativrecht des Europäischen Parlaments und des Rates, das an qualifizierte Mehrheiten geknüpft sein sollte, ergänzt werden. Es sollten geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um eine weitere Zersplitterung der deutschen Interessenvertretung im Europäischen Parlament zu vermeiden.

S. 3

Bei allen Veröffentlichungen, Ausschreibungen, Datenbanken sowie der Dolmetschung von EU-Treffen muss Deutsch den anderen beiden Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden. Insbesondere die Dokumente der Kommission sollten möglichst zeitgleich in allen drei Verfahrenssprachen übersetzt vorliegen. [...] Deutsche Regierungsvertreter müssen in internationalen Beziehungen wo immer möglich Deutsch sprechen und in eigener Verantwortung stets Deutsch als Konferenzsprache verwenden.

S.3

### **3. FDP**

*Zusammenfassung:*

- *Die EU braucht einen gemeinsamen Arbeitsmarkt*
- *Gemeinsame Abfederung exogener Schocks, aber keine Einführung von EU-Steuern oder Eurobonds*
- *Domino-Effekt soll verhindert werden, dass Ausscheiden eines Landes aus dem Euro Spekulation gegen weitere Eurostaaten befördert*
- *Deutschland soll stärkeres Gewicht in der EZB und im Europäischen Parlament bekommen*
- *EU und Euro sind Garanten für Deutschlands ökonomische Stärke und seinen politischen Einfluss in der Welt*

18. Oktober 2012

**Rainer Brüderle**

**Aussprache zur Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 18./19. Oktober 2012 in Brüssel**

Bundestags-Plenarprotokoll 17/198

Ökonomen sagen: Die Euro-Zone ist kein optimaler Währungsraum, zwei Dinge fehlen: die volle Mobilität auf dem Arbeitsmarkt und die politische Union. Die mangelnde Mobilität der Arbeitskräfte ändert sich gerade, wenn auch unter dramatischen Vorzeichen, in Südeuropa. Wer Europa als Ganzes sehen will, wird verstehen, dass Europa einen gemeinsamen Arbeitsmarkt braucht. Deshalb ist zu begrüßen, wenn gut ausgebildete Spanier oder Griechen einen Arbeitsplatz in Deutschland suchen. Das ist ein Schritt der Integration und ein Schritt zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraum.

S. 23823

Ratspräsident Van Rompuy hat mit anderen Vorschläge für eine politische Union gemacht. Es ist ein mutiger Entwurf, auch wenn wir Liberale nicht alles teilen, was dort aufgeschrieben wurde. Den Ansatz eines Europa der mehreren Geschwindigkeiten finde ich aber gut.

S. 23824

Wir wollen, dass Europa erfolgreich ist. Dazu kann ein Euro-Zonen-Budget sinnvoll sein. Exogene Schocks können einzelne Länder der Währungsunion treffen. Zum Auffangen solcher Schocks haben wir kein Instrument. Aber man muss die Bedingungen eines solchen Instruments auch klar definieren. Erstens. Es darf keine Steighilfe für einen europäischen Finanzminister sein. Zweitens. Es darf nicht der Einstieg in Euro-Bonds sein. Und drittens. Es darf nicht der Anlass zur Einführung einer EU-Steuer sein. Die Idee von Europa darf nicht darauf reduziert werden, lediglich immer mehr Geld nach Brüssel zu überweisen. Wenn überhaupt, kann es dabei nur um eine Umschichtung bestehender Mittel gehen.

S. 23824

Selbst wenn Griechenland freiwillig zur Drachme zurückkehren würde, bedeutet das kein Ende der Finanzhilfen. Griechenland bleibt Mitglied der EU mit allen Pflichten und Rechten, auch dem Recht auf Solidarität. Vor allem eines weiß keiner: Wie ist es mit der Ansteckungsgefahr Griechenlands? Es gibt die Kettentheorie, die besagt: Das Auswecheln des schwächsten Glieds

stärkt den Rest. Es gibt die Dominotheorie: Wenn der Schwächste fällt, fallen die anderen hinterher. Beide Szenarien sind denkbar. Beides sind Theorien, aber wir müssen in der Praxis Entscheidungen treffen. Dabei helfen uns die Theorien nicht. Sie nehmen uns die Entscheidung nicht ab. Für die FDP ist der Weg der Entscheidung klar: Zuerst muss Griechenland seine Hausaufgaben machen, dann muss Griechenland die Klassenarbeit, sprich die Bewertung durch die Troika, bestehen. Danach wird über die Versetzung entschieden. Ein Fass ohne Boden darf es nicht geben.

S. 23824

Europa muss von den Bürgern getragen werden. Es braucht verständiges Recht. Das Recht muss eingehalten werden, das in Europa geschaffen und vereinbart wird. Wir haben Defizite. Ich nenne als Beispiel die Stimmenverhältnisse bei der Europäischen Zentralbank. Dort ist Malta formal genauso stark wie Deutschland. Das bildet weder die Wirtschaftskraft noch die Bevölkerungszahl noch das Risiko ab, das Deutschland gegebenenfalls zu tragen hätte. Auch bei den Wahlen zum Europaparlament zählt eine deutsche Stimme weniger als andere. Ein bürokratischer Superstaat ohne demokratische Kontrolle ist falsch. Europa muss das Prinzip „One woman, one vote – one man, one vote“ erfüllen. Das ist Demokratie, die ihren Namen voll verdient. Wir brauchen diese weitere Demokratisierung Europas.

S. 23824

30. November 2012

**Rainer Brüderle**

**Beratung zum Antrag des Finanzministeriums: Änderungen im bestehenden Anpassungsprogramm für Griechenland – Änderung der Garantieschlüssel; Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 3 Absatz 1 i. V. m. § 3 Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes (StabMechG)**

Bundestags-Plenarprotokoll 17/212

Mittlerweile sind wir alle Vertreter der Dominotheorie. Das heißt: Wenn ein Euro-Land fällt, fallen andere mit. Damit wären unvorhersehbare soziale, politische und gesellschaftliche Folgen verbunden. Das kann keiner wollen. Das Risiko kann man nicht eingehen. Deshalb sind diese Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, und sie werden unterstützt. Ich sage aber ganz klar: Griechenland ist ein Extremfall und kein Präzedenzfall. Wir kaufen hier Zeit. Dabei geht es aber weniger um Athen; es geht um Rom, Paris und Madrid. Das muss man in diesem Zusammenhang klar sehen. Diese Länder kämen schnell auf den Radarschirm der Finanzmärkte, wenn Griechenland kippen sollte.

S. 25976f

13. Dezember 2012

**Rainer Stinner, außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion**

**Aussprache zur Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 13./14. Dezember 2012 in Brüssel**

Bundestags-Plenarprotokoll 17/214

Natürlich wird in vielen Teilen der Welt gesehen, dass ein Scheitern des Projektes Euro auch ein

Scheitern des Projektes Europa mit sich bringen kann und wird. Deshalb drängen wir ja so sehr darauf, dass die Stabilität der Euro-Zone wiederhergestellt und erhalten wird.

S. 26212

Wir werden im Ausland häufig gefragt: Warum macht ihr Deutschen eigentlich diese Europapolitik? Ihr seid doch selbst stabil und stark, ihr seid der Anker in Europa. Ihr könntet doch eventuell sogar allein zurechtkommen. – Wir geben darauf im Ausland die gleiche Antwort wie hier im Inland [...]: Kein Land in Europa hat so von Europa profitiert wie Deutschland. – Das meine ich nicht nur ökonomisch. Für mich sind die politischen Erfolge noch viel höher zu bewerten. Ein Deutschland dieser Größe, dieser Geschichte, dieser Lage mitten in Europa wäre ohne Einbettung in Europa nicht da, wo es heute ist. Deshalb gelten unsere gesamten Anstrengungen dem Ziel, dieses Europa zu erhalten.

S. 26212

Die Welt des Jahres 2040 wird eine multipolare Welt sein. Die Frage ist: Wer sitzt dann am Tisch der Entscheider? Unsere Meinung ist: Kein einziges europäisches Land, auch unser schönes, starkes Deutschland nicht, wird im Jahre 2040 in der Lage sein, alleine am Tisch der Entscheider zu sitzen. Deshalb ist das Projekt Europa so wichtig: damit wir als Europäer und als Deutsche nicht in Gefahr geraten, im Jahre 2040 zum Objekt der Entscheidungen anderer in der Welt zu werden, sondern weiter in der Lage sind, am Tisch der Entscheider zu sitzen und die Weltläufe im Interesse Deutschlands, im Interesse Europas und im Interesse einer friedlichen Entwicklung der Welt mitzubestimmen.

S. 26212

#### **4. SPD**

*Zusammenfassung:*

- *Notwendigkeit der EU um Einfluss in der Welt geltend machen zu können*
- *Angst vor Domino-Effekt, Ausfall Griechenlands gefährdet die Eurozone als Ganze*
- *Schuldenobergrenzen und Sanktionen bei Verstößen, aber unter parlamentarischer Kontrolle und Ermöglichung von Wachstumspolitik; wirtschaftliche Aufbauprogramme für notleidende EU-Staaten*
- *Schaffung eines europäischen Schuldentilgungsfonds*
- *Ausgleichsmechanismus für Leistungsbilanzen durch Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer und Lohnerhöhungen in Überschussländern*
- *Koordinierte Steuer- und Sozialpolitik mit verbindlichen Zielkorridoren für Steuern, Löhne, Sozialausgaben; Angleichung der Bemessungsgrundlage der Körperschaftssteuer sowie europaweite Mindestlöhne*
- *Schaffung einer einheitlichen europäischen Bankenaufsicht und eines einheitlichen Abwicklungsregimes für marode Banken*
- *Stärkung der Gemeinschaftsmethode und parlamentarischen Kontrolle von EU-Entscheidungen.*
- *Weiterentwicklung des ESM zu Europäischem Währungsfonds*

18. Oktober 2012

**Peer Steinbrück**

**Aussprache zur Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 18./19. Oktober 2012 in Brüssel**

Bundestags-Plenarprotokoll 17/198

In der Welt des 21. Jahrhunderts braucht Europa eine gemeinsame Stimme; denn es wird so sein, dass weder der chinesische noch der indische Staatspräsident und nicht einmal der US-amerikanische Präsident 27 europäische Staats- und Regierungschefs anrufen wird, um sich bei Ihnen nach der europäischen Auffassung in zentralen Fragen wie Krieg und Frieden, Finanzarchitektur, Weltklima, Menschenrechte zu erkundigen. Will sagen: Entweder wir haben eine Stimme, oder wir haben keine Stimme.

S. 23818

Entweder wir gehen den Weg zurück in einen losen Staatenverbund mit einem gemeinsamen Markt, in dem jeder für sich selbst verantwortlich ist, gegebenenfalls auch abstürzt, oder wir gehen den Weg einer weiteren europäischen Einigung und der Parlamentarisierung. Das ist exakt die Grundsatzfrage, die wir zu erörtern haben. So schwer es auch sein wird: Wir dürfen nicht zulassen, dass aus diesem in 60 Jahren gebauten europäischen Haus einzelne Steine wieder herausgebrochen werden. Dies gilt auch dann, wenn einzelne Staaten Fehler und Versäumnisse zu verantworten haben wie Griechenland und wenn sie mit die Ursache für eine Krise ihrer eigenen Volkswirtschaft sind. Ist erst einmal der erste Stein aus diesem Gebäude herausgebrochen, dann werden weitere folgen. Deshalb, Frau Bundeskanzlerin, war es ein so schwerer Fehler, dass Sie es zugelassen haben, dass im Sommer dieses Jahres Ihre Koalition monatelang ein Mobbing gegen die Mitgliedschaft von Griechenland in der Europäischen Währungsunion betrieben hat.

S. 23819

Im Kern geht es darum, die bewährten Mechanismen und den bewährten Ausgleich der sozialen Marktwirtschaft, die Deutschland stark gemacht hat, auf Europa zu übertragen. Als Sozialdemokraten sagen wir ganz klar: Ja, wir wollen stabile Verhältnisse in Europa. Und ja, dazu sind auch Sparanstrengungen, Konsolidierung und Strukturreformen notwendig. Wir wissen aber auch, dass dies nur gelingen kann, wenn es in Europa auch Impulse für Wachstum und Beschäftigung gibt und wenn es in Europa gerecht zugeht. Vordringlich ist zweierlei: eine wirksame Banken- und Finanzmarktregulierung und, ja, in der Tat auch eine Bankenunion, zu der dann allerdings auch ein Bankenfonds zur Rekapitalisierung von Banken gehört, der nicht von den Steuerzahlern finanziert wird, sondern von den Banken. Zweitens gehört dazu ein echter Wachstums- und Beschäftigungspakt für Europa.

S. 23821

Für mich ist der Maßstab, wie wir als Sozialdemokraten jetzt und im Weiteren die Vorschläge der Van-Rompuy-Gruppe diskutieren, ziemlich einfach. Es geht um vier Fragen:

Erstens: Wer zahlt für das vorgeschlagene Euro-Zonen-Budget, wer haftet dafür? Sind es zusätzliche Mittel, oder sind es Mittel, die ohnehin in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen werden? Gibt es, bezogen auf die Verwendung dieser Mittel, eine demokratische Kontrolle?

Zweitens: Führen die Vorschläge nicht einfach nur zu mehr Europa, sondern auch zu einem besseren Europa, weil es eine bessere Bankenaufsicht und eine bessere Bankenabsicherung gibt, weil es eine besser verzahnte Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt, weil es eben auch neue Möglichkeiten für ein antizyklisches Verhalten gibt?[...]

Drittens: Führen diese Vorschläge zu einem Mehr an Demokratie, weil sie das Europäische Parlament einbinden und stärken, oder schreiben sie den Trend zu einer „Vergipfelung“ der europäischen Politik fort?

Viertens: Wird Europa zwischen den 17 Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion und den 10 weiteren Mitgliedstaaten in der Europäischen Union auseinandergetrieben, oder schaffen wir eine positive Dynamik für ein handlungsfähiges Europa, das trotz gewisser Binnendifferenzierung weiterhin zusammensteht und zusammenhält?

S. 23822

30. November 2012

**Frank-Walter Steinmeier**

**Beratung zum Antrag des Finanzministeriums: Änderungen im bestehenden Anpassungsprogramm für Griechenland – Änderung der Garantieschlüssel; Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 3 Absatz 1 i. V. m. § 3 Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes (StabMechG)**

Bundestags-Plenarprotokoll 17/212

Wir sagen Ihnen seit zweieinhalb Jahren beständig und unverändert: Wer täglich mit dem Rausschmiss Griechenlands unterwegs ist, gefährdet das, worauf wir angewiesen sind: die Währungsunion als Ganzes.

S. 25972

Aber Sie haben nicht einmal zugehört: uns nicht, einem Teil der Ökonomen nicht, den europäischen Partnern nicht und, Herr Schäuble, vor dem Sommer nicht einmal Ihrer

Geburtstagsgratulantin Frau Lagarde. Alle haben Ihnen gesagt: Das, was ihr hier in Deutschland diskutiert, ist nicht europäische Verantwortung. Das sind nicht einmal deutsche Interessen. Das, was bei Ihnen propagiert wird, ist schlicht ökonomischer Harakiri. [...] Das Schlimme ist, dass auch diejenigen, die sich so geäußert haben, wussten – das unterstelle ich –, dass es nie nur um Griechenland ging, auch nicht nur um den Euro, sondern dass es immer um den Bestand der Währungsunion als Ganzes ging. Hätte man sie in diesen Monaten gewähren lassen, hätte keiner hier zu Hause und bei den europäischen Nachbarn widersprochen, hätten wir die Brandstifter gewähren lassen, dann hätten die Söders, Dobrindts und viele andere leichtfertig den ersten Dominostein gekippt, was einen Flächenbrand in ganz Europa ausgelöst hätte.

S. 25972

11. Dezember 2012

### **SPD-Fraktion**

### **Entschließungsantrag zur Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 13./14. Dezember 2012 in Brüssel**

Bundestagsdrucksache 17/11848

Es ist jetzt endlich an der Zeit, die Europäische Union zu einer echten Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion weiterzuentwickeln, damit die gemeinsame Geldpolitik dauerhaft erfolgreich bleibt. [...] Kein EU-Staat ist alleine in der Lage, in einer zunehmend globalisierten Welt die gemeinsame Währung zu schützen, die Finanzmärkte wirksam zu regulieren, die Errungenschaften des Sozialstaates zu bewahren und wirtschaftlichen Wohlstand für alle Menschen zu sichern. Von einem starken und handlungsfähigen Europa profitiert auch Deutschland und gewinnt an Handlungsfähigkeit.

S.1

Eine funktionierende Bankenunion mit effektiver Finanzmarktregulierung ist notwendig, denn hauptursächlich für die derzeitigen Probleme in der Eurozone ist eine Krise der Banken- und Finanzmärkte. Verbindliche Verschuldungsobergrenzen und Sanktionen in der Fiskalpolitik sind notwendig, aber ihre parlamentarische Kontrolle muss gesichert sein. Zudem müssen die fiskalpolitischen Regeln der Mitgliedstaaten Investitionen zur Ankurbelung von wirtschaftlichem Wachstum zulassen. Eine verbesserte Koordinierung der Wirtschaftspolitiken ist zweifelsohne erforderlich. Jedoch ist gerade in der Krise, die steigende Armut, sinkende Löhne und höhere Arbeitslosigkeit zur Folge hat, auch die Koordinierung sozialer Ziele notwendig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa nicht zu gefährden.

S. 2

[...] fordert die Bundesregierung auf,

- die Unstimmigkeiten mit den europäischen Partnern rasch zu klären, damit ein einheitlicher Aufsichtsmechanismus für europäische Banken zügig in Kraft treten kann. Dieser hat parlamentarischer Kontrolle zu unterliegen und das Prinzip der Subsidiarität in der direkten Aufsicht zu wahren. Bei einer Übertragung der Aufsichtsfunktion auf die Europäische Zentralbank muss die strikte Trennung von Geldpolitik und Aufsichtsfunktion gewährleistet und die Perspektive einer späteren Ausgliederung der Aufsichtsfunktion in eine eigene Institution gegeben sein. Ein einheitliches Abwicklungs- und Restrukturierungsregime für marode Banken ist zumindest zwischen den Euro-Mitgliedstaaten einzurichten. Die dauerhafte Kapitalisierung von Banken durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus ist zu verhindern;

- sich für die Einrichtung eines europäischen Schuldentilgungsfonds gemäß den Vorschlägen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einzusetzen, um den notleidenden Mitgliedstaaten eine realistische Entschuldungsperspektive zu bieten;

- sich für ein wirtschaftliches Aufbauprogramm in den notleidenden Staaten einzusetzen, denn diese werden ihre Haushalte nur mit wirtschaftlichem Wachstum und stabilen sozialen Strukturen konsolidieren können. Das Aufbauprogramm sollte sich auch aus den Einnahmen der Finanztransaktionssteuer speisen, die schnellstmöglich im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit einzuführen ist;

[...]

- sich dafür einzusetzen, dass ein Ausgleichsmechanismus zur Abfederung asymmetrischer Schocks etabliert wird, der die Währungsunion vor zukünftigen Krisen besser schützt. Hierfür sollten zunächst die Leistungsbilanzen tendenziell ausgeglichen werden, und zwar nicht nur durch die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer, sondern auch durch Lohnsteigerungen in Überschussländern wie Deutschland. [...] Zudem sollten bereits existierende Vorschläge wie die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung geprüft werden;

- sich dafür einzusetzen, dass die bisherigen Koordinierungsinstrumente ergänzt werden durch intelligent gestaltete, verbindliche Zielkorridore bei Steuern, Löhnen und Sozialausgaben, um die derzeit vorherrschende Wettbewerbslogik zu durchbrechen. Hierfür bedarf es einer Angleichung der Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage zur Verhinderung von Steuerdumping sowie europaweiter Mindestlöhne, die an der Höhe der nationalen Durchschnittseinkommen ausgerichtet sind. Ebenso notwendig ist eine engere Koordinierung der Sozial- und Bildungspolitik beispielsweise über die Festlegung von verbindlichen Mindestquoten der Haushaltsmittel für diese Bereiche sowie von Korridoren und Zielvorgaben bei der Ausgestaltung der Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik;

- dafür Sorge zu tragen, dass die Gemeinschaftsmethode als demokratisch legitimiertes Verfahren der Entscheidungsfindung Vorrang hat und die parlamentarische Kontrolle der Wirtschafts- und Finanzpolitik in allen Bereichen durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente gesichert ist. Hierzu gehört auch, dass die europäischen Rettungsschirme perspektivisch in eine europäische Gemeinschaftsinstitution, einen Europäischen Währungsfonds, überführt werden.

S. 2f

## **5. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

*Zusammenfassung:*

- *Stärkung und Demokratisierung der EU*
- *Europäischer Konvent mit Bürgerbeteiligung zur Veränderung der Europäischen Verträge und europäische Volksabstimmung über das Ergebnis*
- *Stärkung des EU-Haushalts; Finanztransaktionssteuer als EU-Eigenmittel*
- *Stärkung des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission, die auch in der Krisenpolitik stärkeres Mitspracherecht erhalten sollen*
- *Weiterentwicklung des ESM zu einem Europäischen Währungsfonds*
- *Schaffung einer starken europäischen Bankenaufsicht und einheitliche europäische Regelung zur Abwicklung von Krisenbanken*
- *Koordinierte Sozialpolitik; gemeinsame Standards für Mindestlohn und Grundsicherung*
- *Europaweit koordinierte Steuerpolitik bei Vermögensabgaben, Körperschaftssteuer, Energiebesteuerung*

16.-18. November 2012

**Beschluss der 34. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover:**

**Europa entsteht durch Taten**

[http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Beschluesse/Europa-Europa-entsteht-durch-Taten-Beschluss-BDK-11-2012.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Europa-Europa-entsteht-durch-Taten-Beschluss-BDK-11-2012.pdf)

Die Hinterzimmerpolitik der Regierungen sorgt nicht für ausreichende Legitimität europäischer Entscheidungen. Diese Politik spielt all denen in die Hände, die die Europäische Kommission und das Europäische Parlament schwächen und ein „Europa der nationalen Regierungen“ wollen. Setzt sich diese Art der Integrationspolitik durch, heißt das weniger und nicht mehr Demokratie in Europa. [...] Wir Grüne werden all denen ein politisches Angebot machen, die sich für „Mehr Europa“ im Rahmen starker, demokratischer und legitimer europäischer Institutionen entscheiden wollen.

Am deutlichsten wird dies im Falle der Entscheidung der Europäischen Zentralbank, im Zweifelsfall unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen. Die EZB sieht sich gezwungen, selber aktiv zu werden, weil unter anderem die Regierung Merkel gegen jede „Vergemeinschaftung der Schulden“ auf den Marktplätzen polemisiert. Und das, obwohl der Einstieg in diese gemeinsame und notwendige Schuldenhaftung in dreistelliger Milliardenhöhe durch frühere Maßnahmen der EZB bereits längst begonnen hat, ohne dass die Bundesregierung wirklich dagegen aktiv geworden wäre. Im Ergebnis hat die EZB nun eine richtige Entscheidung getroffen. Die demokratische Kontrolle darüber findet aber nur indirekt über die Koppelung von EZB und ESM statt. Die Versuche der Söders, Dobrindts und Brüderles die EZB deswegen als Institution zu brandmarken, die das Geld der Steuerzahler aus dem Fenster werfe, weisen wir als ebenso dumme wie für Europa gefährliche und für deutsche Interessen abträgliche Polemik zurück.  
S. 2f

Die seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Anfang 2009 bereits wieder notwendig gewordenen, tiefgreifenden Änderungen dürfen keinesfalls mehr in Hinterzimmern erarbeitet werden, sondern bedürfen eines demokratischen, transparenten und bürgerfreundlichen Verfahrens: des Europäischen Konvents. Diesen wollen wir noch vor den Europawahlen 2014

und unter Führung des Europäischen Parlaments und der Einbeziehung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft zu den Themen Wirtschaft, Haushalte, Finanzen, Soziales und Demokratie einberufen. Er soll das ordentliche Vertragsänderungsverfahren vorbereiten und seine Ergebnisse sollen anschließend gemäß Artikel 48 des Vertrags der Europäischen Union eingeführt werden. Es ist jetzt notwendig, die politischen Prozesse auf europäischer Ebene öffentlich sichtbar und transparent zu machen. Jeden Überlegungen der Staats- und Regierungschefs, einen Europäischen Konvent als einen Abnickverein für die zuvor von ihnen hinter verschlossenen Türen ausgeklügelten Reformüberlegungen zu missbrauchen, erteilen wir eine deutliche Absage. Deswegen wollen wir auch, dass die Unionsbürgerinnen und –bürger über das Ergebnis des Konvents im Rahmen einer europäischen Volksabstimmung abstimmen können.

S. 3

Ein gestärkter EU-Haushalt wäre nicht Ausdruck falscher Lust am Geldausgeben, sondern schlichtweg die Erfordernis, die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon von der nationalen Ebene an die EU übertragenen Aufgaben, gewährleisten zu können. [...] Gerade angesichts der Konsolidierungsbemühungen in den Mitgliedstaaten gibt es gute Gründe für einen gestärkten EU-Haushalt. Grenzüberschreitende Investitionen sind häufig effizienter als nationalstaatliche Alleingänge. Wir brauchen zudem eine Reform des Eigenmittelsystems, mit der Finanztransaktionssteuer als Eigenmittel für den EU-Haushalt, um den Haushalt transparent und fairer zu gestalten und, um die nationalen Haushalte von den Beitragszahlungen zu entlasten.

S. 4

Gerade in der so dringenden Frage der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung auf europäischer Ebene ist das Europäische Parlament weiter außen vor. Deswegen wollen wir den EU-Abgeordneten deutlich mehr Mitentscheidungs- und Kontrollrechte übertragen. Nur so wird garantiert, dass neben den nationalen Parlamenten die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen auf Mehrheitsverhältnissen basieren, die den Wählerwillen widerspiegeln. Das Europäische Parlament soll nicht nur endlich das Initiativrecht für Gesetze erhalten, sondern wir wollen zukünftig den/die EU-KommissionspräsidentIn aus den Reihen seiner Abgeordneten wählen. Zudem soll das Europäische Parlament das Recht erhalten, die KommissarInnen individuell abzuwählen. Wir treten für eine stärkere Personalisierung bei EP-Wahlen ein und wollen, dass ein Teil der Abgeordneten künftig über transnationale Listen bestimmt werden.

S. 4

Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion der EU muss endlich die Rolle der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments gestärkt und gleichzeitig die gute Zusammenarbeit mit dem Rat und den nationalen Regierungen gefördert werden. Wir halten die normalen Gesetzgebungsverfahren mit Europäischem Parlament und Ministerrat – also die Gemeinschaftsmethode – für den richtigen Weg, die Politik der Wirtschafts- und Solidarunion zu gestalten.

Mit dem/der neu zu schaffenden EU-KommissarIn für Wirtschaft und Währung wollen wir diese Verlagerung auch personalisieren und eine klare Zuständigkeit und Kompetenz zuteilen. Er/Sie soll für das Europäische Semester zur frühzeitigen Überprüfung der nationalen Haushalts- und Reformentwürfe und für die Einleitung und Überwachung von Defizitverfahren im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verantwortlich sein. Er/Sie soll zudem den ständigen Vorsitz der Eurogruppe und des ECOFIN ausüben.

Dieser neuen machtvollen Position in Kommission und Rat wollen wir eine besondere direkte Kontrolle durch das Europäische Parlament gegenüberstellen: Alle Gesetzgebungsentwürfe der/s

neuen KommissarIn müssen unter Mitentscheidung des EP zustande kommen. Der/Die KommissarIn soll ausgeweitete Informationspflichten haben und durch das EP individuell wähl- und abwählbar sein.

S. 5

Die nationalen Parlamente können wie bisher die von der nationalen Regierung vorgelegten Haushaltsentwürfe verändern. Kommt es dabei zu einem Verstoß gegen die Vorgaben aus dem europäischen Verfahren soll die Kommission ohne Ratsbeschluss, aber unter Vorbehalt des europäischen Parlaments, ein beschleunigtes Defizitverfahren einleiten und das Europäische Parlament das Recht bekommen, die Regierung des entsprechenden Mitgliedsstaat im Plenum zur Sprache zu stellen.

So wie im Fiskalvertrag eine sunset-clause deutlich macht, dass dieser demokratisiert und vertragsrechtlich integriert werden muss, wollen wir mittelfristig auch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem Instrument der EU machen, in die Verträge integrieren und zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickeln. Grundlegende Entscheidungen des ESM müssen dann unter einen Genehmigungsvorbehalt des Europäischen Parlaments gestellt werden.

S. 5

Der Juni-Gipfel hat bereits entschieden, dass die Inhalte aus den EU-Verfahren (europ. Semester, Stabilitäts- und Wachstumspakt) künftig maßgeblich für die Verhandlungslinie der Troika mit Staaten sein sollen, die Hilfskredite beantragen. Diese Zusage muss in europäisches Recht umgesetzt werden und im Rahmen einer interinstitutionellen Vereinbarung zudem das Europäische Parlamente zum Ort der Debatte und Richtungsfindung über die Notmaßnahmen machen. Die Kommission und die EZB als "EU-Teilnehmer" der Troika müssen für ihr Handeln in der Troika auch gegenüber dem Europäischen Parlament verantwortlich gemacht werden. [...] Kontraproduktiv hingegen sind Ideen eines eigenen Eurozonen-Parlaments, das parallel tagen und nur Mitgliedern der Gemeinschaftswährung offenstehen soll. Dies würde in Wahrheit die Autorität der EP-Abgeordneten untergraben und auch das eigentliche Problem nicht lösen.

S. 6

Bündnis 90/Die Grünen fordern langfristig einen gemeinsamen Sitz der EU in einem reformierten Weltsicherheitsrat. Wir wollen eine wirkliche gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner, der zu oft das Ergebnis der Einstimmigkeitsregel in der GASP ist. Der Europäische Auswärtige Dienst muss echte Kompetenzen erhalten und stärker als bisher durch das Europäische Parlament kontrolliert werden.

S. 8

Um bei Entscheidungen auf der europäischen Ebene die Rückkopplung in die Regionen und Länder zu stärken, sollte als ein Baustein das bislang eher als „Abwehrinstrument“ genutzte Prinzip der Subsidiaritätskontrolle im Sinne eines wirklichen Partizipationsinstruments positiv genutzt werden. [...] Anstatt erst nach Vorlage des Kommissionsvorschlags von regionaler oder nationaler Ebene durch die Subsidiaritätsrüge die rote Karte zeigen zu können, sollte die Einbindung dieser Parlamente im Anhörungsverfahren deutlich ausgebaut werden, z.B. durch Aufwertung des Konsultationsverfahrens und des politischen Dialogs der Kommission. Auch müssen Europaparlament und nationale Parlamente perspektivisch den rechtlichen Rahmen für Antragsrechte von Gebietskörperschaften aller Ebenen ausbauen.

S. 8

Wir fordern eine starke europäische Aufsicht mit Durchgriffsrechten auf alle Banken. Die Kommission schlägt vor, diese gemeinsame Bankenaufsicht an die EZB anzugliedern. Das halten wir nur dann für einen gangbaren Weg, wenn die Aufsichtsaktivitäten unter parlamentarische Kontrolle gestellt werden können. Die Europäischen Verträge bringen für die Übertragung von Finanzaufsichtskompetenzen erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Insbesondere erscheint es unmöglich, den Eurostaaten und Noch-Nicht-Euroländern gleiche Mitwirkungsrechte bei EZB-Entscheidungen zu geben. Die Bankenunion kann vom starken Dach der EZB profitieren, aber nur, wenn dies nicht zur Spaltung zwischen den Eurostaaten und Noch-Nicht-Eurostaaten führt, die weitere Souveränität teilen wollen. Wir fordern die EU-Kommission auf, den Aufbau von Kompetenzen bei der EBA (European Banking Authority) entschieden voranzutreiben um sie in die Lage zu versetzen, langfristig die gemeinsame Bankenaufsicht zu übernehmen. Da die EZB in der Geldpolitik unabhängig ist, müsste innerhalb der EZB ein Teilbereich geschaffen werden, in welchem eine weitgehende parlamentarische Kontrolle möglich ist. Wo auch immer die Europäische Bankenaufsicht angesiedelt ist, das Europäische Parlament muss das Recht bekommen, im laufenden Geschäft die neuen Aufsichtsstrukturen zu kontrollieren.

S. 9

International aktive Banken sollten von der neuen europäischen Bankenaufsicht beaufsichtigt werden. Kleine Institute mit ausschließlich regionalem Geschäft müssen nicht laufend von einer europäischen Institution beaufsichtigt werden. Wir brauchen aber eine Vereinheitlichung der Aufsichtsstandards und auch für kleine Institute ein Durchgriffs- und Letztentscheidungsrecht bei Versagen der nationalen Aufseher.

S. 10

Wir brauchen ein einheitliches europäisches Recht zur Restrukturierung von Banken, damit eine größtmögliche Beteiligung der Investoren im Fall der Schieflage einer Bank sichergestellt wird und die Steuerzahler nicht zur Kasse gebeten werden. Außerdem müssen für den Fall der Abwicklung ausreichende Finanzmittel und institutionelle Voraussetzungen bereitstehen. Damit der Steuerzahler hierfür nicht herangezogen wird, setzen wir auf Bankenabgaben. Dabei sollte sich die Beitragshöhe für die Banken an den Risiken orientieren die die Bank eingeht. Eine solche risikoadäquate Bepreisung könnte verhindern, dass hochriskant arbeitende Banken hohe Zinsen anbieten können und ihre Risiken von den verantwortungsvoll arbeitenden anderen Banken finanzieren lassen. Die EU-Kommission schlägt nationale Abwicklungsfonds vor, die im Zweifelsfall miteinander verknüpft werden. Das reicht uns aber nicht aus. Zu oft ist in dieser Krise deutlich geworden, dass insbesondere bei Instituten mit grenzüberschreitenden Aktivitäten nationale Ansätze zu kurz greifen und die Krisenbewältigung teurer machen als nötig.

S. 10

Bereits die Geschichte der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat deutlich gemacht, dass ein Europa, das die soziale Sichtweise außen vor lässt, keineswegs dazu führt, den nationalen Sozialstaat zu stärken, sondern vielmehr, dass die nationalen Sozialstaaten unter erheblichen Wettbewerbsdruck geraten und soziale Rechte und ArbeitnehmerInnenrechte durch die Hintertür geschliffen werden. [...] BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streiten daher weiter für eine Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht, um eine stärkere Balance gegenüber den Grundfreiheiten des Marktes herzustellen. Bürgerinnen und Bürger sollen erworbene Leistungen, wie z.B. im Bereich der Sozialversicherung oder bei Bildungs- und Berufsabschlüssen über innereuropäische Grenzen hinweg besser nutzen können. Darüber

hinaus gilt es, eine gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, ob – und wenn ja wie – wir die soziale Absicherung in Europa gemeinsam gestalten wollen.

Das muss nicht automatisch eine neue Kompetenzübertragung bedeuten, sondern kann eben so gut eine engere Koordinierung der Zielausrichtung der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik sein, mit verbindlichen und ambitionierten Zielvorgaben in der Bekämpfung von Armut, in der Beseitigung von Benachteiligungen in Bildung und Ausbildung und bei der sozialen Inklusion. Zugleich bedarf es gemeinsamer sozialer Mindeststandards, in Bezug auf Mindestlohn und Grundsicherung (orientiert jeweils am jeweiligen nationalen BIP) sowie zur Verwirklichung des Rechts auf eine gute Gesundheitsversorgung. Dies sollte einhergehen mit einem strikteren europäischen Mechanismus bei der Kontrolle. Eine Europäische Wirtschaftsregierung muss nicht nur die Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten einfordern, sondern auch das Erreichen der gemeinsamen Mindeststandards und Ziele des sozialen Europas.  
S. 10f

[...] die Probleme liegen nicht nur auf der Ausgaben-, sondern auch auf der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte: die Vermögensbesteuerung in der EU befindet sich seit 2000 auf gleichbleibend niedrigem Niveau, der Anteil der unternehmensbezogenen Steuern ging in den letzten zehn Jahren um über 15% zurück, der Anteil der Kapitalertragsteuern um rund 10%. Das ist kein Wunder: der europäische Binnenmarkt hat die Grenzen für Unternehmen zu Fall gebracht, aber die Steuersysteme sind national geblieben. Das hat dafür gesorgt, dass heute fast jedes Land in der EU Steueroase eines anderen ist. [...] Wir Grüne stellen dem das Ziel eines europäischen Steuerpakts entgegen, ein Bündnis zur Stärkung der Staatseinnahmen, damit nicht länger nur die Schwächsten der Gesellschaft für die Einhaltung des Fiskalpakts zahlen müssen.  
S. 11

Der Steuerpakt hat vier Elemente: Er besteht erstens aus europaweit koordinierten Vermögensabgaben, die einen relevanten Beitrag zum Abbau der Verschuldung der Staaten leisten können.  
S. 12

Zweitens geht es um einen klaren Zeitplan zur Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB), die das Verschieben von Steuersubstrat in Niedrigsteuerländer unwirksam werden lassen würde. [...] Alle Mitgliedstaaten werden sich daran nicht beteiligen. Deswegen setzen wir auf eine Koalition der Willigen. [...] Wenn wir Steuerdumping verhindern wollen, brauchen wir auch einen Mindeststeuersatz für die Körperschaftsteuer. Unser Ziel ist, einen konkreten Pfad zu einem Mindeststeuersatz von 25% zu vereinbaren. Über einige Länder können Unternehmen und Privatpersonen Gewinne und Kapitalerträge steuerfrei in außereuropäische Steueroasen bringen. Das liegt auch daran, dass Quellensteuern innerhalb der EU durch die Mutter- Tochter-Richtlinie und die Zins-und-Lizenzgebühren-Richtlinie weitgehend abgeschafft wurden. Diese Richtlinien wollen wir zukünftig an Bedingungen knüpfen. Steuerdumping darf hierdurch in der EU nicht weiter legalisiert [werden.] Außerdem sind Mindestquellensteuersätze für Zahlungen in Nichtmitgliedsländer anzustreben.  
S. 12

Drittens geht es darum, das Unwesen der Steueroasen in Europa insgesamt zu überwinden. Dazu wollen wir eine europäische Definition von Steueroasen erstellen. Diese Definition muss tatsächlich alle Niedrigsteuergebiete umfassen und zum Anknüpfungspunkt für Nachversteuerungen und Niederlassungsbeschränkungen in der Finanzmarktgesetzgebung

werden, wie es das Europaparlament fordert. [...] Wir fordern dazu auf EU-Ebene auch Möglichkeiten zur Beschränkung für die Geschäftstätigkeit von Banken, die wiederholt gegen Steuergesetze verstoßen haben oder Informationspflichten nicht nachkommen. [...] Zum Kampf gegen Steueroasen gehört auch eine Regelung, die sicherstellt, dass sich Spitzenverdiener in Europa nicht durch eine Verlagerung ihres Wohnsitzes der Steuerpflicht entziehen können [...].

S. 12f

Der vierte Teil des Steuerpakts bezieht sich auf die Besteuerung natürlicher Ressourcen. Sie ist immer noch so ungleichmäßig, dass es zu Tanktourismus und Verlagerung wegen anderer Steuerniveaus kommt. [...] Daher müssen die Mindeststeuersätze der Energiesteuerrichtlinie angehoben werden. Ausnahmen müssen weitgehend abgeschafft werden.

S. 13